

# Protokoll

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Mittwoch, 18.03.2015,  
19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

## Anwesend:

Ratsvorsitzende:	Hannelore Schneider
1. stellv. Ratsvorsitzender:	Jürgen Rathkamp
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
stellv. Bürgermeister:	Peter Nieraad
	Raimund Recksiedler
Ratsmitglieder:	Sascha Biebricher
	Rudolf Böcker
	Heinz Peter Boyken
	Dirk Brumund
	Jürgen Bruns
	Hergen Eilers
	Dr. Susanne Engstler
	Karl-Heinz Funke
	Christoph Hinz
	Egbert Jackenkroll
	Jörn Kickler
	Bernd Köhler
	Lars Kühne
	Abbes Mahouachi
	Alfred Müller
	Cornelia Papen
	Georg Ralle
	Bernd Redeker
	Sebastian Schmidt
	Ingrid Schuster
	Steffen Schwärmer
	Jörg Weden
Gleichstellungsbeauftragte:	Brigitte Kückens
von der Verwaltung:	Wilfried Alberts
	Olaf Freitag
	Marion Groß
	Rolf Heeren
	Dirk Heise
	Meike Knop
	Jens Neumann
	Johann Taddigs

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**
- 2 **Feststellung der Tagesordnung**
- 3 **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 10.12.2014**
- 4 **Einwohnerfragestunde**
- 5 **Berichte und Anträge der Ausschüsse**
- 5.1 **Verwaltungsausschuss vom 21.08.2014 (nur TOP 5.1.1)**
- 5.1.1 **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 12.08.2014**
- 5.1.1.1 Bebauungsplan Nr. 193 (Photovoltaik Alter Bahnhof Rahling), 1. Änderung; Abwägungs- und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 032/2014/1
- 5.2 **Verwaltungsausschuss vom 04.12.2014 (nur TOP 5.1.3)**
- 5.2.1 **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 25.11.2014**
- 5.2.1.1 Bebauungsplan Nr. 207 (Gewerbegebiet Jeringhave) sowie 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel
- 5.2.1.1.1 Bebauungsplan Nr. 207 (Gewerbegebiet Jeringhave) - Abwägung - 1. Beschluss  
Vorlage: 395/2014
- 5.2.1.1.2 Bebauungsplan Nr. 207 (Gewerbegebiet Jeringhave) - Abwägung - 2. Beschluss  
Vorlage: 401/2014
- 5.2.1.1.3 Bebauungsplan Nr. 207 (Gewerbegebiet Jeringhave) sowie 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel - Abwägung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 402/2014
- 5.3 **Verwaltungsausschuss vom 18.12.2014**
- 5.3.1 **Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 15.12.2014**
- 5.3.1.1 Änderung der Verordnung der Stadt Varel über Parkgebühren (Parkgebührenverordnung); Vorlage: 434/2014
- 5.4 **Verwaltungsausschuss vom 22.01.2015**
- 5.4.1 **Ausschuss für Feuerwehr-, Markt- und Ordnungsangelegenheiten vom 07.01.2015**
- 5.4.1.1 Erlass einer Verordnung über den Mindestabstand von Spielhallen in der Stadt Varel  
Vorlage: 460/2014, 460/2014/1
- 5.4.2 **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 13.01.2015**
- 5.4.2.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 206 (Gewerbegebiet Altjührden) sowie 18. Änderung des FNP - Abwägungs- und Satzungsbeschluss bzw. Feststellungsbeschluss; Vorlage: 468/2014

- 5.5 Verwaltungsausschuss vom 05.02.2015 (zur Kenntnisnahme)**
- 5.6 Verwaltungsausschuss vom 26.02.2015**
- 5.6.1 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast vom 19.02.2015**
  - 5.6.1.1 Beschluss über den Antrag zur Zulassung von Dauerwohnen auf den verkauften Grundstücken Kuranlage und Sandkuhle  
Vorlage: 029/2015
- 5.7 Verwaltungsausschuss vom 12.03.2015**
- 5.7.1 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 02.03.2015**
  - 5.7.1.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Varel für die Haushaltsjahre 2015 und 2016  
Vorlage: 053/2015
  - 5.7.1.2 18. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel  
Vorlage: 054/2015
  - 5.7.1.3 Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2015  
Vorlage: 049/2015
  - 5.7.1.4 Haushaltsplan der Klusmann-Bülter-Stiftung für die Haushaltsjahre 2015 und 2016  
Vorlage: 023/2015
  - 5.7.1.5 Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für die Haushaltsjahre 2015 und 2016  
Vorlage: 025/2015
  - 5.7.1.6 Aufstockung der Beteiligung der Stadt Varel an der Kommunale Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG  
Vorlage: 048/2015
- 5.7.2 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 03.03.2015**
  - 5.7.2.1 Bebauungsplan Nr. 201 (Bereich zwischen Hafenstraße und Moorhausener Weg), 1. Änderung - Abwägung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 039/2015
- 5.7.3 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Wasserwerk der Stadt Varel vom 05.03.2015**
  - 5.7.3.1 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel für das Wirtschaftsjahr 2015 und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2014 - 2018  
Vorlage: 057/2015
- 5.7.4 Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales vom 09.03.2015**
  - 5.7.4.1 Einrichtung einer integrativen Kindergartengruppe im städtischen Kindergarten  
Vorlage: 462/2014
  - 5.7.4.2 Einrichtung einer Krippengruppe im Kindergarten "St. Martin" in Dangastermoor; Vorstellung der alternativen Bauplanung  
Vorlage: 046/2015
- 5.7.5 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 10.03.2015**
  - 5.7.5.1 Erhöhung der Mieten des städtischen Wohnungsbestandes laut Haushaltskonsolidierungskonzept  
Vorlage: 022/2015

**5.7.6 Anträge an den Rat der Stadt Varel**

5.7.6.1 Satzung der Stadt Varel über die Verringerung der Zahl der Abgeordneten in der Wahlperiode vom 01.11.2016 bis zum 31.10.2021  
Vorlage: 026/2015

**6 Mitteilungen des Bürgermeisters****7 Anträge und Anfragen****Protokoll:****Öffentlicher Teil****1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**

Ratsvorsitzende Schneider eröffnet um 19.00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Sie begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

Sie stellt fest, dass die Ratsfrauen Vollmer und Weikert sowie die Ratsherren Chmielewski, Meinen, von Polenz und Dr. Seelig entschuldigt fehlen.

**2 Feststellung der Tagesordnung**

Ratsvorsitzende Schneider stellt die Tagesordnung fest.

Ratsherr Müller verweist auf seinen Antrag zu TOP 5.7.1.1 zum Thema Mieterhöhung und bittet die Ratsmitglieder, über den Antrag vor der eigentlichen Haushaltsberatung zu befinden. Dieser Vorschlag wird einvernehmlich angenommen.

**3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 10.12.2014**

Das Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 10.12.2014 wird einstimmig genehmigt.

#### 4 **Einwohnerfragestunde**

Auf Nachfrage eines Einwohners, ob bereits eine Ausgleichsfläche für die Bebauung der Dangaster Sandkuhle gefunden wurde, teilt Bürgermeister Wagner mit, dass die Stadt noch auf der Suche ist, es der Presse aber mitteilen wird, sobald eine gefunden wurde.

Ein Einwohner kritisiert die geplante Beteiligung der Stadt Varel an der Kommunalen Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG. Er hält es nicht für vereinbar mit dem Nds. Kommunalrecht und kann nicht nachvollziehen, warum jetzt, nachdem gerade durch die Entschuldungshilfe des Landes die Schulden abgebaut werden konnten, neue Kredite in Höhe von 5 Mio. € aufgenommen werden sollen. Er fragt, warum die Beteiligung in Höhe von 5 Mio. € erfolgen soll und nicht niedriger?

Bürgermeister Wagner erläutert, dass die Grundsätze der Einnahmebeschaffung durch die Beteiligung nicht verletzt werden. Eine Beteiligung wurde vom Innenministerium geprüft und befürwortet. Die Entscheidung über die Höhe der Beteiligung obliegt dem Rat. Die durch die Beteiligung zu erzielende Dividende in Höhe von jährlich ca. 170.000 € wird den Ergebnishaushalt der Stadt deutlich entlasten. Auf Nachfrage eines zweiten Einwohners, welches Interesse die EWE mit der Beteiligung verfolgt und ob eine Risikoanalyse erfolgt ist, verweist Bürgermeister Wagner auf die Anlagen zum Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 02.03.2015. Dort sind alle Fragen beantwortet.

In dem Zusammenhang weist Ratsherr Funke darauf hin, dass es sich um eine Beteiligung handelt und nicht um einen Aktienhandel. Für die EWE hat es den Vorteil, dass sie das Eigenkapital erhöht.

#### 5 **Berichte und Anträge der Ausschüsse**

##### 5.1 **Verwaltungsausschuss vom 21.08.2014 (nur TOP 5.1.1)**

##### 5.1.1 **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 12.08.2014**

##### 5.1.1.1 **Bebauungsplan Nr. 193 (Photovoltaik Alter Bahnhof Rahling), 1. Änderung; Abwägungs- und Satzungsbeschluss Vorlage: 032/2014/1**

###### **Beschluss:**

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 12.08.2014 anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 193, 1. Änderung, inkl. Begründung wird als Satzung beschlossen. Die 6. Berichtigung des Flächennutzungsplanes wird festgestellt.

###### **Einstimmiger Beschluss**

**5.2 Verwaltungsausschuss vom 04.12.2014 (nur TOP 5.1.3)****5.2.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 25.11.2014****5.2.1.1 Bebauungsplan Nr. 207 (Gewerbegebiet Jeringhave) sowie 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel****5.2.1.1.1 Bebauungsplan Nr. 207 (Gewerbegebiet Jeringhave) - Abwägung - 1. Beschluss  
Vorlage: 395/2014****Beschluss:**

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 25.11.2014 anliegenden Abwägungsvorschläge zum Bebauungsplan Nr. 207 werden zum Beschluss erhoben. Zu dem durch die Abwägung geänderten Entwurf des Bebauungsplanes sind nach § 4a Abs. 3 BauGB die Stellungnahmen der Betroffenen (Landkreis Friesland und Sielacht Bockhorn-Friedeburg) einzuholen.

**Mehrheitlicher Beschluss****Ja: 24 Nein: 3****5.2.1.1.2 Bebauungsplan Nr. 207 (Gewerbegebiet Jeringhave) - Abwägung - 2. Beschluss  
Vorlage: 401/2014****Beschluss:**

Die durch die Änderungen des Entwurfs des Bebauungsplanes (Raumuferstreifen, Eingrünungsstreifen) Betroffenen haben keine Einwände gegen diese Änderungen erhoben. Ihre Stellungnahmen werden insofern zur Kenntnis genommen. Es verbleibt damit bei dem geänderten Entwurf des Bebauungsplanes.

**Mehrheitlicher Beschluss****Ja: 24 Nein: 3****5.2.1.1.3 Bebauungsplan Nr. 207 (Gewerbegebiet Jeringhave) sowie 20. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel - Abwägung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 402/2014****Beschluss:**

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 25.11.2014 anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der Bebauungsplan Nr. 207 nebst Begründung

wird als Satzung beschlossen. Die 20. Änderung des Flächennutzungsplanes nebst Begründung wird festgestellt.

**Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 24 Nein: 3**

**5.3 Verwaltungsausschuss vom 18.12.2014**

**5.3.1 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 15.12.2014**

**5.3.1.1 Änderung der Verordnung der Stadt Varel über Parkgebühren (Parkgebührenverordnung)  
Vorlage: 434/2014**

**Beschluss:**

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 15.12.2014 als Anlage beigefügte Verordnung zur 3. Änderung der Verordnung der Stadt Varel über die Parkgebühren (Parkgebührenverordnung) wird beschlossen.

**Einstimmiger Beschluss**

**5.4 Verwaltungsausschuss vom 22.01.2015**

**5.4.1 Ausschuss für Feuerwehr-, Markt- und Ordnungsangelegenheiten vom 07.01.2015**

**5.4.1.1 Erlass einer Verordnung über den Mindestabstand von Spielhallen in der Stadt Varel  
Vorlage: 460/2014**

**Beschluss 1:**

Die Verordnung der Stadt Varel über den Mindestabstand von Spielhallen in der Stadt Varel (Mindestabstandsverordnung) wird mit einem Mindestabstand von 400 Metern zwischen Spielhallen beschlossen.

**Mehrheitlicher Beschluss dagegen**

**Ja: 7 Nein: 20**

**Vorlage: 460/2014/1**

**Beschluss 2:**

Die Verordnung der Stadt Varel über den Mindestabstand von Spielhallen in der

Stadt Varel (Mindestabstandsverordnung) wird mit einem Mindestabstand von 300 Metern zwischen Spielhallen beschlossen.

### **Einstimmiger Beschluss**

#### **5.4.2 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 13.01.2015**

##### **5.4.2.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 206 (Gewerbegebiet Altjührden) sowie 18. Änderung des FNP - Abwägungs- und Satzungsbeschluss bzw. Feststellungsbeschluss Vorlage: 468/2014**

#### **Beschluss:**

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 13.01.2015 anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 206 (Gewerbegebiet Altjührden) wird als Satzung nebst Begründung beschlossen. Die 18. Änderung des Flächennutzungsplanes nebst Begründung wird festgestellt.

#### **Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 23 Nein: 3 Enthaltungen: 1**

#### **5.5 Verwaltungsausschuss vom 05.02.2015 (zur Kenntnisnahme)**

#### **5.6 Verwaltungsausschuss vom 26.02.2015**

##### **5.6.1 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast vom 19.02.2015**

##### **5.6.1.1 Beschluss über den Antrag zur Zulassung von Dauerwohnen auf den verkauften Grundstücken Kuranlage und Sandkuhle Vorlage: 029/2015**

In dem Zusammenhang erinnert Ratsherr Funke an den Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL nochmals zu prüfen, ob die Ermittlung des Grundstückskaufpreises für AMJ korrekt war. Dieses Thema sollte nochmals im Betriebsausschuss oder Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen behandelt werden.

#### **Beschluss:**

Die für den Bereich Dangast Deichhörn bzw. Sandkuhle aufzustellenden Bebauungspläne sollen einen maximalen Anteil von 20 % Dauerwohnen zulassen. Die übrigen Wohnungen sind als Ferienwohnungen festzusetzen. Dieser Beschluss gilt sowohl für die an die Familie Peters verkauften Grundstücke wie auch für das

an die AMJ (Friesenhörn Klinik) verkaufte Grundstück.

### **Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 23 Nein: 4**

## **5.7 Verwaltungsausschuss vom 12.03.2015**

### **5.7.1 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 02.03.2015**

#### **5.7.1.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Varel für die Haushaltsjahre 2015 und 2016**

**Vorlage: 053/2015**

Ratsherr Müller begründet nochmals seinen als Anlage beigefügten Antrag, die Mieterhöhungen der städtischen Wohnungen um 5 % aufzugeben und die Mindereinnahmen durch Einsparungen im Personal- und Sachhaushalt aufzufangen sowie bis zum 31.07.2015 ein Sanierungskonzept für die städtischen Wohnungen vorzulegen. Er hält die Mieterhöhung für vollkommen unsozial, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Wohnungen in einem sehr schlechten Zustand sind. Die Sanierung des Haushalts sollte nicht zu Lasten der sozialschwachen Mieter erfolgen. Aus Sicht des Ratsherrn Müller sollte es ein Leichtes sein, die Einnahmen aus der Mieterhöhung in Höhe von 18.000 € durch Einsparungen im Personal- oder Sachhaushalt auszugleichen. Vor einer Mieterhöhung wäre es auf jeden fall notwendig, die Wohnungen zu sanieren.

Ratsherr Böker lehnt den Antrag des Ratsherrn Müller ab. In den letzten Jahren wurden große Beträge in die Mietwohnungen investiert, 2004-2008 ca. 550.000 € und 2009-2014 ca. 954.000 €. Seine Fraktion war immer bemüht, sich für die Instandhaltung der städtischen Wohnungen einzusetzen, sie erkennen aber an, dass in den letzten Jahren viel getan wurde. Z. B. wurden neue Türen und Fenster eingebaut. Schon damals hätte die Miete erhöht werden können, dieses ist aber nicht geschehen. Aus den Mieten werden neben den Instandhaltungen die Kosten für die Verwaltung bezahlt, daher ist es nicht möglich die gesamten Mieten für die Sanierung zu nutzen. Den Vorschlag des Ratsherrn Müller, anstatt der Mieterhöhung die allgemeinen Personal- und Sachkosten zu reduzieren, hält Ratsherr Böcker für zu unkonkret. Bereits in der Haushaltsberatung wurden alle Ausgaben genauestens auf weitere Einsparmöglichkeiten betrachtet, er sieht keine Möglichkeit für weitergehende Einsparungen.

Ratsherr Böcker sieht keine Notwendigkeit einen Beschluss zu fassen, dass bis zum 31.07.2015 ein Sanierungskonzept erstellt werden soll. Diese Aufgabe hat bereits die neu gebildete Stabsstelle Wirtschaftsbetriebe.

Die Mehrheitsgruppe SPD/CDU/FDP möchte an der geplanten Mieterhöhung festhalten. Mit 5 % ist es ein moderater Erhöhungssatz, den sie für angemessen hält. Insgesamt ist der Mietpreisspiegel der städtischen Wohnungen sehr niedrig. Außerdem haben die sozialschwachen Mieter grundsätzlich Anspruch auf Wohngeld. Ratsherr Eilers vermisst konkrete Einsparvorschläge des Ratsherrn Müller. Zweck der städtischen Wohnungen ist neben der sozialen Komponente die kaufmännische, die Gewinnerzielungsabsicht. Daher ist eine moderate Mieterhöhung legitim.

Der Investitionsstau, den Ratsherr Müller kritisiert, stammt aus Sicht des Rats-

herrn Eilers aus vergangenen Jahren, in denen Ratsherr Müller noch in einer Position im Rat war, in der er diesem hätte entgegenwirken können. Er sieht es daher als Ausdruck eigenen Versagens. Sehr wohl sieht Ratsherr Eilers die Notwendigkeit, weiterhin die städtischen Wohnungen zu sanieren. Es ist daher notwendig, dass die Verwaltung ein Konzept erstellt, wie zukünftig mit den Wohnungen verfahren werden soll. Dafür ist aber keine Fristsetzung, wie es Ratsherr Müller fordert, notwendig.

Ratsherr Bruns verweist darauf, dass die Entscheidung nicht einfach war, aber in finanziell schweren Zeiten auch unrühmliche Entscheidungen getroffen werden müssen. Zuletzt wurden die Mieten 2009 erhöht. Durch die geplante Mieterhöhung erhöht sich die Miete der einzelnen Mieter um 6 – 14 € im Monat. Dieses ist vertretbar. Außerdem wohnen nicht nur sozialschwache Mieter in den Wohnungen.

Den von Herrn Müller gezogenen Vergleich mit dem Weltnaturerbeportal halten die Ratsherren Eilers und Bruns nicht für angemessen. In Dangast geht es um die Senkung des Defizits, ein Zusammenhang kann nicht gesehen werden.

Ratsvorsitzende Schneider lässt über den Änderungsantrag des Ratsherrn Müller, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass die geplante Mieterhöhung der städtischen Wohnungen um 5 % aufgegeben und bis zum 31.07.2015 ein Sanierungskonzept für die städtischen Wohnungen vorgelegt wird.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja, 18 Nein, 1 Enthaltung

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend erfolgt die Beratung der Tagesordnungspunkte 5.7.1.1-5.7.1.5 gemeinsam.

Bürgermeister Wagner sowie alle Fraktionen bedanken sich bei der Verwaltung für die Erstellung des Doppelhaushaltes und die gute Vorarbeit.

Ratsherr Bruns weist darauf hin, dass die Vorschläge der SPD/CDU/FDP-Gruppe frühzeitig in die Planungen eingeflossen sind. Konkrete Vorschläge anderer Fraktionen lagen nicht vor. Lediglich der Presse konnten Vorschläge der Opposition entnommen werden, diese wurden in der Haushaltsberatung zur Kenntnis genommen. Erstmals wurde ein Doppelhaushalt aufgestellt. Angesichts des geringen Spielraums, den der Rat durch die Vorgaben der Entschuldungshilfe hat, hält Ratsherr Bruns dieses für angemessen. Der Mehrheitsgruppe war es wichtig, dass der Haushalt relativ früh verabschiedet wird, um der Verwaltung noch die Möglichkeit der Umsetzung zu geben.

Die Mehrheitsgruppe ist konsequent den Weg der Haushaltskonsolidierung gegangen. Trotzdem konnte noch viel für die Stadt erreicht werden. Der Haushalt bietet eine zukunftsorientierte Perspektive. Das Jahr 2015 wird planmäßig noch mit einem geringen Haushaltsdefizit enden, im Jahr 2016 kann dagegen bereits ein ausgeglichener Haushalt vorgewiesen werden. Ab 2017 befindet sich die Finanzplanung sogar im positiven Bereich. Die Stadt ist damit finanzpolitisch auf dem richtigen Weg. Mit der Entschuldungshilfe des Landes konnte die Handlungsfähigkeit der Stadt wieder hergestellt werden, auch wenn sie zum Teil mit schwierigen Entscheidungen verbunden ist.

Insgesamt enthält der Doppelhaushalt 2015/2016 noch viele Perspektiven für Varel. Ratsherr Bruns weist auf einige positive Aspekte des Haushalts, wie z. B. der

Innenstadtsanierung, dem Ausbau der Kinderbetreuung, der Entwicklung des Kasernengeländes, der Dorferneuerung Dangast sowie den Ausgaben für die Grundschulen hin. Bezüglich der Wirtschaftsbetriebe hofft Ratsherr Bruns, dass in den nächsten Monaten ein tragfähiges Konzept durch die Stabsstelle Wirtschaftsbetriebe erarbeitet und vorgestellt wird. Dieses Konzept sollte eine Perspektive für die Bereiche Stadtbetrieb, Wohnungswirtschaft und Bäder bringen.

Ratsherr Boyken weist auf einige Kritikpunkte zum Haushalt hin:

- Zurzeit hat die Stadt Varel Glück mit den hohen Gewerbesteuererträgen. Diese positive Entwicklung kann sich aber auch schnell wieder ändern, wie die Vergangenheit gezeigt hat.
- Er schlägt als konkrete Gegenfinanzierung für einen Verzicht auf eine Mieterhöhung die Reduzierung des Sitzungsgeldes vor.
- Einnahmen aus Grundstücksverkäufen sollten im Haushalt erst ausgewiesen werden, wenn sie tatsächlich realisiert sind.
- Er schlägt den konkreten Stellenabbau für folgende Positionen vor: Kurdirektor, Wirtschaftsförderung, Erster Stadtrat und Planer.
- In der Stabsstelle Wirtschaftsbetriebe wurde eine zusätzliche hochbezahlte Stelle geschaffen. Ratsherr Boyken stellt die Frage, wo diese zusätzlichen Kosten eingespart werden, insbesondere da die Stelle des Kämmerers jetzt dauerhaft neu besetzt wird.
- Aus Sicht des Ratsherrn Boyken arbeitet die Wirtschaftsförderung nicht erfolgreich. Diese Thematik sollte Sache des Bürgermeisters sein.
- Ein Gutachten zur Sanierung des Hallenbades ist aus seiner Sicht nicht notwendig. Diese Aufgabe könnte durch das Bauamt zusammen mit dem leitenden Schwimmmeister geleistet werden.
- Die Beteiligung an der Kommunalen Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG lehnt Ratsherr Boyken ab, da er das Risiko für zu hoch hält.
- Positiv ist der Kindergartenausbau.

Ratsherr Boyken bedauert, dass die Argumente der Fraktion ZUKUNFT VAREL von der Mehrheitsgruppe nicht gewürdigt wurden. Sie lehnen daher den Haushalt und das Haushaltssicherungskonzept ab. Unabhängig vom Haushalt weist Ratsherr Boyken darauf hin, dass durch die Sanierung der Innenstadt und des Schlossplatzes, welche die Fraktion ZUKUNFT VAREL abgelehnt hat, einige Stolperfallen im Pflaster entstanden sind.

Die Fraktion MMW wird den Haushalt ablehnen. Ein Grund dafür ist die Entscheidung, das Dauerwohnen auf den verkauften Grundstücken Kuranlage und Sandkuhle in Dangast zuzulassen. Durch diesen Beschluss verzichtet die Stadt Varel auf viel Geld. Darüber hinaus lehnen sie die Beteiligung an der Kommunalen Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG in Höhe von 5 Mio. € ab. Die Stadt hat vom Land 8 Mio. € zur Entschuldung bekommen, gleichzeitig werden für 5 Mio. € wiederum Kredite aufgenommen, um sich an ein Tochterunternehmen der EWE zu beteiligen. Hier sehen sie ein gewisses Risiko. Die Fraktion MMW hätte sich für eine geringere Beteiligung ausgesprochen.

Ratsherr Eilers weist auf die schwere finanzielle Lage in der Vergangenheit hin. Es mussten viele schwierige Entscheidungen getroffen werden. Es waren Veränderungen notwendig, die die Stadt aber nach vorne gebracht hat. Der jetzt vorliegende Haushaltsentwurf ist ein solides Zahlenwerk, welches kaum Spielraum bietet. Ziel ist es, die Stadt konzeptionell nach vorne zu bringen. Der Haushalt spiegelt alle Einnahmeerwartungen, wie sie jetzt absehbar sind, wieder. Im Bereich Personal sieht Ratsherr Eilers keinen zusätzlichen Spielraum für Einsparungen. Es kann auf niemanden in der Verwaltung verzichtet werden. Es haben Umstrukturierungen stattgefunden, neue Aufgabengebiete wurden geschaffen, dieses

verursachte zusätzliche Kosten. Ein großer Teil der Ausgaben umfasst die Kreisumlage. Es stellt sich für die Zukunft die Frage, ob die Belastung hieraus richtig verteilt ist.

Ein großes Glück für die Stadt Varel ist die kapitalisierte Bedarfszuweisung. Trotzdem kann die Stadt nicht mehr ausgeben, die Bedarfszuweisung ist an klare Bedingungen geknüpft.

Positiv ist, dass, trotz des engen Spielraums, der Haushaltsentwurf in vielen Bereichen Investitionen vorsieht, wie z. B. bei den Kindergärten, Schulen und Bädern. Ziel ist es, die freiwilligen Leistungen nicht kürzen zu müssen. In Dangast hat die Stadt aus Sicht des Rats Herrn Eilers den richtigen Weg, der Defizitreduzierung, eingeschlagen. Er hofft auf einen möglichst frühen Effekt der Neuausrichtung.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass aufgrund der angespannten Haushaltslage nur das Notwendigste verwirklicht werden kann. Seit 18 Jahren hat die Stadt Varel keinen ausgeglichenen Haushalt mehr. Er ist froh darüber, dass im Jahr 2016 endlich dieses Ziel wieder erreicht werden kann. Trotzdem müssen viele Wünsche unerfüllt bleiben, da die Stadt zurzeit noch nicht in der Lage ist, diese zu erfüllen. Es ist notwendig, dass weiterhin konsolidiert wird. Die Verwaltung wird dabei nur das ausgeben, was ihnen im Rahmen des Haushalts dafür zur Verfügung gestellt wird. Zurzeit gibt es viele „Baustellen“, die von der Verwaltung abgearbeitet werden müssen. Bürgermeister Wagner bittet den Rat, nicht weitere „Baustellen“ zu eröffnen. Die Äußerung des Rats Herrn Boyken, dass bei den Personalkosten eingespart werden kann, da er bestimmte Positionen bei der Stadt Varel für überflüssig hält, sieht Bürgermeister Wagner anders. Jeder Mitarbeiter der Verwaltung ist notwendig und wird gebraucht. Zur schwierigen Vermarktung des Gewerbe- und Logistikparks wird ein Konzept erarbeitet. Im Bereich der Wirtschaftsförderung stehen einige Dinge in den Startlöchern, er bittet um Geduld.

Die Fraktion BBV wird dem Doppelhaushalt 2015/2016 zustimmen. Sie danken der Mehrheitsgruppe für die gute Zusammenarbeit. Ergänzend weist Rats Herr Böcker darauf hin, dass die Wohnungssanierung zukünftig nicht vergessen werden darf und hofft dabei auf die Stabsstelle Wirtschaftsbetriebe. Zusätzlich bekundet er, dass ihm die Themen Postgebäude und Zustand der Leken wichtig sind. Die Kritik des Rats Herrn Boyken kann Rats Herr Böcker nicht nachvollziehen, insbesondere die Auffassung, dass einige Verwaltungspositionen überflüssig seien, hält er nicht für gerechtfertigt.

#### **Beschluss:**

Die Haushaltssatzung der Stadt Varel für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 sowie das Investitionsprogramm werden in der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 02.03.2015 anliegenden Fassung beschlossen. Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung wird zur Kenntnis genommen.

#### **Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 19 Nein: 8**

### **5.7.1.2 18. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel Vorlage: 054/2015**

Beratung siehe TOP 5.7.1.1.

**Beschluss:**

Das Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt der Stadt Varel für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 02.03.2015 anliegenden Fassung beschlossen.

**Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 18 Nein: 8 Enthaltungen: 1**

**5.7.1.3      Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2015  
Vorlage: 049/2015**

**Beschluss:**

Der Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2015 wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 02.03.2015 anliegenden Fassung beschlossen. Die Finanzplanung für den Planungszeitraum 2014 – 2018 wird zur Kenntnis genommen.

**Einstimmiger Beschluss**

**5.7.1.4      Haushaltsplan der Klusmann-Bülter-Stiftung für die Haushaltsjahre 2015 und 2016  
Vorlage: 023/2015**

**Beschluss:**

Der Haushaltsplan der Klusmann-Bülter-Stiftung für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 02.03.2015 anliegenden Fassung beschlossen.

**Einstimmiger Beschluss**

**5.7.1.5      Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für die Haushaltsjahre 2015 und 2016  
Vorlage: 025/2015**

**Beschluss:**

Der Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen anliegenden Fassung beschlossen.

**Einstimmiger Beschluss**

### 5.7.1.6 **Aufstockung der Beteiligung der Stadt Varel an der Kommunale Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG; Vorlage: 048/2015**

Ratsherr Eilers weist darauf hin, dass das Verhältnis zur EWE in der Vergangenheit nicht immer gut war, es gab sogar Überlegungen, die Netze selber zu übernehmen. Dieses wurde allerdings durch ein verbessertes Angebot der EWE wieder verworfen. Mit dem Angebot der EWE auf Beteiligung sollte unter anderem das Vertrauensverhältnis zwischen EWE und Kommunen wieder gestärkt werden. Eine Beteiligung durch die Kommunen bedeutet für die EWE eine Aufstockung ihres Eigenkapitals. Die durch die Beteiligung erzielte Verzinsung übersteigt die Kosten für die Kreditaufnahme und entlastet daher den Ergebnishaushalt. Das Risiko besteht lediglich darin, dass die EWE aufgrund eines Energiewandels, Pleite gehen könnte, davon wird aber allgemein nicht ausgegangen. Die Kommunalaufsicht hat die Beteiligung vorab geprüft und befürwortet. Durch die erneute Kreditaufnahme beschränkt sich die Stadt Varel nicht in ihrer Verfügungsgewalt, da bei der Genehmigung von zukünftigen Kreditaufnahmen, diese Kreditaufnahme nicht belastend gesehen wird. Insgesamt spricht sich die CDU-Fraktion für die Beteiligung aus, da sie eine positive Auswirkung auf die zukünftigen Haushalte sieht.

Die Fraktion MMW spricht sich gegen eine Beteiligung aus. Auf Nachfrage des Ratsherrn Kickler bestätigt Bürgermeister Wagner, dass es sich nicht um eine Beteiligung an der EWE sondern um eine Beteiligung an einer Tochtergesellschaft einer Tochtergesellschaft, der Kommunalen Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG, handelt.

Auch wenn Ratsherr Müller sich im Fachausschuss enthalten hat, wird er jetzt den Beschluss ablehnen. In der letzten Zeit wurde über Umsatzrückgang und Stellenabbau bei der EWE berichtet. Keiner kann garantieren, dass der Betrieb weiterhin positiv verläuft. Es ist nicht originäre Aufgabe einer Kommune, sich an einem Wirtschaftsbetrieb zu beteiligen. Er hält die Beteiligung für keine sichere Anlage und rät daher davon ab, auch wenn die Kommunalaufsicht keine Bedenken äußert.

Die SPD-Fraktion spricht sich nach Abwägung der Risiken für eine Beteiligung in der vorgeschlagenen Höhe aus. Die Stadt sollte auf diese Chance, Einnahmen für den Ergebnishaushalt zu regenerieren, nicht verzichten.

#### **Beschluss:**

Die Stadt Varel erhöht ihre Beteiligung an der Kommunale Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG (KNN) um einen Betrag von bis zu 4.863.697,92 EUR (auf eine Gesamtbeteiligung von bis zu 4.873.743,36 EUR), mindestens jedoch in Höhe des der Stadt Varel eingeräumten Beteiligungsanteils.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechende Aufstockungserklärung über einen Betrag von 4.863.697,92 EUR abzugeben, die Verträge zu unterzeichnen und den der Stadt Varel nach Ablauf der Zeichnungsfrist zugeteilten Kommanditanteil fristgerecht an die Beteiligungsgesellschaft auszus zahlen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die für die Finanzierung des Beteiligungserwerbs notwendige Kreditaufnahme im Rahmen der Richtlinie der Stadt Varel über die Aufnahme von Krediten zu tätigen.

#### **Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 19 Nein: 8**

**5.7.2 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 03.03.2015**

**5.7.2.1 Bebauungsplan Nr. 201 (Bereich zwischen Hafenstraße und Moorhausener Weg), 1. Änderung - Abwägung und Satzungsbeschluss  
Vorlage: 039/2015**

**Beschluss:**

Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 201 nebst Begründung wird als Satzung beschlossen.

**Einstimmiger Beschluss**

**5.7.3 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Wasserwerk der Stadt Varel vom 05.03.2015**

**5.7.3.1 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel für das Wirtschaftsjahr 2015 und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2014 - 2018  
Vorlage: 057/2015**

**Beschluss:**

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel für das Wirtschaftsjahr 2015 wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb Wasserwerk der Stadt Varel vom 05.03.2015 anliegenden Fassung beschlossen. Die Finanzplanung des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel für den Planungszeitraum 2014 – 2018 wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb Wasserwerk der Stadt Varel vom 05.03.2015 anliegenden Fassung zur Kenntnis genommen.

**Einstimmiger Beschluss**

**5.7.4 Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales vom 09.03.2015**

**5.7.4.1 Einrichtung einer integrativen Kindergartengruppe im städtischen Kindergarten  
Vorlage: 462/2014**

**Beschluss:**

In der städtischen Kindertagesstätte wird zum 01.09.2015 eine integrative Kindergartengruppe durch Umwandlung einer Kindergartengruppe in eine integrative Kindergartengruppe eingerichtet.

Zur Kompensation der dadurch wegfallenden Kindergartenplätze wird im Bedarfsfall eine Kleingruppe nachmittags eingerichtet.

### **Einstimmiger Beschluss**

#### **5.7.4.2 Einrichtung einer Krippengruppe im Kindergarten "St. Martin" in Dangastermoor; Vorstellung der alternativen Bauplanung Vorlage: 046/2015**

##### **Beschluss:**

Das vom Diakonischen Werk Varel geplante Bauvorhaben zur Erweiterung des Kindergartens „St. Martin“ in Dangastermoor erfolgt auf dem Flurstück 205/3. Die Stadt Varel erwirbt das Grundstück, errichtet als Bauherr das notwendige Gebäude und stellt dieses dem Diakonischen Werk zur Nutzung als Kindertagesstätte zur Verfügung.

### **Einstimmiger Beschluss**

#### **5.7.5 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 10.03.2015**

##### **5.7.5.1 Erhöhung der Mieten des städtischen Wohnungsbestandes laut Haushaltskonsolidierungskonzept Vorlage: 022/2015**

##### **Beschluss:**

Die Mieten der stadteigenen Wohnungen und der Wohnungen der von der Stadt Varel verwalteten Stiftungen werden sobald wie möglich um bis zu 5 % erhöht. Die Verwaltung wird beauftragt, die prozentuale Mieterhöhung entsprechend dem jeweiligen Standard und baulichen Zustand einer Mietwohnung zu beurteilen und durchzusetzen. In begründeten Ausnahmefällen kann die Mieterhöhung mehr als 5 % betragen.

##### **Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 18 Nein: 8 Enthaltungen: 1**

#### **5.7.6 Anträge an den Rat der Stadt Varel**

##### **5.7.6.1 Satzung der Stadt Varel über die Verringerung der Zahl der Abgeordneten in der Wahlperiode vom 01.11.2016 bis zum 31.10.2021 Vorlage: 026/2015**

Ratsherr Funke weist darauf hin, dass 2010 der Rat auf 32 Abgeordnete verringert wurde, um Kosten zu sparen. Im Folgejahr wurde das Sitzungsgeld eingeführt. Dadurch sind die Kosten, trotz Verringerung der Anzahl, gestiegen. Bei Einführung des Sitzungsgeldes wurde gesagt, dass nach einem Jahr überprüft wer-

den soll, ob es weiterhin gezahlt wird. Diese Überprüfung hat nie stattgefunden. Um alle Sparmaßnahmen auszuschöpfen schlägt Ratsherr Funke vor, die höchste Reduzierung, die das NKomVG vorsieht, um 6 Ratsmitglieder, auf 28 Abgeordnete zu beschließen. Mit einer Reduzierung auf 28 würden jedes Jahr ca. 13.000 € eingespart werden. Aus Sicht des Ratsherrn Funke sind 28 Abgeordnete ausreichend. Das Argument, dass 32 Abgeordnete gebraucht werden, um alle Ortsteile zu vertreten, ist seines Erachtens nicht nachvollziehbar. Es obliegt der Entscheidung der Wählerinnen und Wähler, wen sie in den Rat wählen und ob dann alle Ortsteile vertreten sind. Wenn Sparen das Ziel der heutigen Entscheidung sein soll, sollte der Rat ein Zeichen setzen und sich für 28 Abgeordnete entscheiden. Er stellt daher den Antrag, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, die Anzahl der Abgeordneten um 6 Abgeordnete zu reduzieren.

Ratsherr Eilers stellt klar, dass es in dem heutigen Beschluss nicht um das Sitzungsgeld geht, sondern um die Anzahl der Abgeordneten. Insgesamt ist es wichtig, dass die Ratsmitglieder für ihre nicht immer einfache Tätigkeit angemessen entschädigt werden. Er spricht sich daher auch weiterhin für die Zahlung von Sitzungsgeld aus.

Eine Reduzierung der Abgeordnetenzahl wirkt sich eher für die kleinen Fraktionen negativ aus. Für die CDU wäre es eher positiv. Trotzdem hat sich die CDU-Fraktion für die Beibehaltung von 32 Abgeordneten ausgesprochen, da sie der Meinung ist, dass es sich in den letzten Jahren bewährt hat.

Die SPD-Fraktion spricht sich nach Abwägung zwischen möglichst großer Beteiligung und dem Ziel zu sparen für eine Reduzierung auf 32 Abgeordnete aus.

Ratsvorsitzende Schneider lässt zunächst über den Änderungsantrag des Ratsherrn Funke auf Reduzierung der Abgeordneten auf 28 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Ja: 5, Nein: 22

Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

#### **Beschluss:**

Die dem Protokoll über die Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 12.03.2015 anliegende Satzung der Stadt Varel über die Verringerung der Zahl der Abgeordneten in der Wahlperiode vom 01.11.2016 bis zum 31.10.2021 wird beschlossen.

#### **Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 19 Nein: 5 Enthaltungen: 3**

## **6 Mitteilungen des Bürgermeisters**

Keine Mitteilungen des Bürgermeisters.

## **7 Anträge und Anfragen**

Auf Nachfrage des Rats Herrn Funke bestätigt Bürgermeister Wagner, dass Teile des Gebäudes vom Bauhof gesperrt sind und verweist in diesem Zusammenhang auf die Berichterstattung im Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr am 10.03.2015. Da der Hinweis im Protokoll nicht erwähnt ist, bittet Rats Herr Funke um detaillierte Auskunft.

Um 20:55 Uhr schließt Ratsvorsitzende Schneider die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Hannelore Schneider  
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner  
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß  
(Protokollführer/in)